

Information gemäß Art. 13/Art. 14 DSGVO im Zusammenhang mit dem Baugenehmigungsverfahren bzw. mit dem Mitteilungsverfahren baugenehmigungsfreier Vorhaben

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:

Der Magistrat der Stadt Borken (Hessen), Bürgermeister
Am Rathaus 7
34582 Borken (Hessen)
Telefon 05682 808-0
stadtverwaltung@borken-hessen.de

2. Beauftragte oder Auftraggeber für den Datenschutz:

Madeleine Reuffurth
Sicherheitstechnik Stolz GbR
Konrad-Zuse-Straße 19-21
36251 Bad Hersfeld
Telefon 06621 9680093
madeleine.reuffurth@sicherheitstechnik-stolz.de

3. Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden:

Zur Bearbeitung von Baugenehmigungsverfahren werden personenbezogene Daten des Bauherrn, des Entwurfsverfassers wie folgt verarbeitet: Namen, Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Telefon- und Faxnummer, E-Mail-Adresse, Adresse des Baugrundstücks, Art und Nutzung des Bauvorhabens.

4. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten:

Zweck der Datenverarbeitung ist die Bearbeitung von Anträgen auf eine Baugenehmigung bzw. einen Bauvorbescheid. Die Verarbeitung ist für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO in Verbindung mit §§ 62 ff. der Hessische Bauordnung (HBO) und Art. 6 Abs. 1 lit. a), 7 DSGVO

5. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten:

Die Daten werden innerhalb der Stadt Borken (Hessen) verarbeitet. Eine Übermittlung kann erfolgen an: Untere Bauaufsichtsbehörde beim Schwalm-Eder-Kreis, höhere Verwaltungsbehörden zur Prüfung auf Rechtsmängel; gesetzlich Auskunftsberechtigte und Nachbarn.

6. Dauer der Speicherung:

Da die baurechtlichen Vorgänge jederzeit nachvollziehbar sein müssen, werden die Daten dauerhaft aufbewahrt, längstens bis zum Abbruch des Gebäudes – im Fall einer Archivierungspflicht darüber hinaus.

7. Betroffenenrechte:

Die von einer Datenverarbeitung betroffenen Personen haben das Recht auf Auskunft über die Verarbeitung (Art. 15 DSGVO), auf die Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16 DSGVO), auf die Löschung der Daten (Art. 17 DSGVO) und auf die Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO), sofern die rechtlichen Voraussetzungen dafür vorliegen. Sie können verlangen, die bereitgestellten personenbezogenen Daten gemäß Art. 20 DSGVO zu erhalten oder zu übermitteln. Sie können nach Art. 21 DSGVO Widerspruch einlegen.

8. Beschwerderecht:

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde

Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Postfach 3163, 65021 Wiesbaden
Telefon 0611 1408-0, Telefax 0611 1408-900
poststelle@datenschutz-hessen.de

wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.